



Stadtkanzlei der Stadt Bern
Junkerngasse 47
3011 Bern

Bern, 21. Februar 2019

Vernehmlassung der CVP der Stadt Bern Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die CVP der Stadt Bern nimmt innert der festgesetzten Frist zum titelerwähnten Geschäft Stellung und dankt Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Allgemeine Bemerkung

Die CVP der Stadt Bern steht einer verstärkten Transparenz in Wahl- und Abstimmungssachen grundsätzlich positiv gegenüber. Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Transparenz – und dies soll grundsätzlich auch für die Finanzierung der Beeinflussung der Willensbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gelten.

Vorbehalte hat die CVP gegenüber der Regelungsdichte und des damit verbundenen Kontroll- und Aufsichtsaufwandes. Wir sind der Auffassung, dass sowohl für die betroffenen Parteien und Organisationen als auch für die mit der Kontrolle betrauten Amtsstellen der Aufwand so gering wie möglich zu halten ist.

Gleichzeitig fehlt die Erfassung von geldwerten Leistungen: Naturalspenden oder der Einsatz von anderweitig besoldeten Arbeitskräften etwa, die Leistungen für Parteien und Organisationen erbringen, sind nicht erfasst. Wir sprechen uns nicht a priori dafür aus, auch dies zu erfassen, weisen aber darauf hin, dass diesbezüglich das Bild der Offenlegung kaum je die Wirklichkeit in ihrer Breite widerspiegelt. Gewerkschaftsangestellte leisten etwa für ihnen nahestehende Parteien grosse Einsätze innerhalb ihrer Arbeitszeit und unter Nutzung ihrer Infrastruktur, und die entsprechenden Parteien sind hierfür nicht rechenschaftspflichtig. Dies ist in Betracht zu ziehen und bei der Kommunikation und der Verbreitung der jeweiligen Informationen entsprechend zu erwähnen und zu kommunizieren.

2. Schwellenwert

Um den Aufwand auf allen Seiten so gering wie möglich zu halten, sprechen wir uns für einen höheren Schwellenwert aus. Wie beantragen, den Schwellenwert, der der gegenwärtigen steuerlichen Abzugsfähigkeit entspricht (6'000 Franken), zu wählen. Der Parallelismus mit dem Steuerrecht drängt sich u.E. deshalb auf, um die steuerliche Anreizwirkung der Abzugsfähigkeit – der Gesetzgeber wollte das Spenden begünstigen – nicht mit einer Offenlegungspflicht zu bremsen.

3. Anreize zur Finanzierung des service public politique schaffen

Das politische System der Schweiz basiert auf Miliz und auf freiwilligen Zuwendungen. So lange dies so ist, ist es im Interesse des Staates, dass diese Zuwendungen auch fliessen. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass im Rahmen der geplanten Vorlage auch über zusätzliche Anreize sowohl für natürliche als auch für juristische Personen nachgedacht wird, wie die Finanzierung des service public politique nachhaltig gesichert werden kann. Der Gemeinderat wird eingeladen, im Rahmen des Vortrages an den Stadtrat solche Überlegungen anzustellen und entsprechende Anreize in die Vorlage zu integrieren.

CVP Stadt Bern
Die Präsidentin

Sibyl Eigenmann

